



Die Vorsitzende des  
Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung,  
Digitalisierung und Gesundheit  
der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-Mail: [stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de](mailto:stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de)  
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-3314  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiter: Herr Morbe

Wiesbaden, 08.05.2025

1. Den Mitgliedern des  
Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich  
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung des Ausschusses  
für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit  
am Dienstag, 13. Mai 2025, um 17:00 Uhr,  
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

## Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 25.03.2025
2. 25-A-83-0002  
Vorstellung der Pläne für das LuisenForum Wiesbaden durch die Centermanagerin Frau Marz
3. Aktueller Sachstand zu offenen Beschlüssen

**3.1 24-F-63-0059**

**ANLAGE**

Digitale Feedbacktools: Qualität der digitalen Bürgerservices erheben

- Antrag der Fraktionen Volt, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke vom 26.06.2024 -
- Beschluss Nr. 60 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit vom 02.07.2024 -

**3.2 24-F-63-0066**

**ANLAGE**

Dialog mit Immobilieneigentümer\*innen in der Innenstadt

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 26.06.2024 -
- Beschluss Nr. 56 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit vom 02.07.2024 -

## **Bereich Wirtschaft/Beschäftigung**

**4. 21-A-83-0002**

Aktuelles aus dem Fachbereich Wirtschaftsförderung

**5. 25-F-22-0048**

Eine Zukunft für „Wiesbaden on Ice“

- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 07.05.2025 -

Die Veranstaltung „Wiesbaden on Ice“ auf dem Bowling Green in der Vorweihnachtszeit hat in den vergangenen beiden Jahren mehrere hunderttausende Besucher aus nah und fern begeistert und einen besonderen Glanz in die „Weihnachtsstadt“ Wiesbaden gebracht. Die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit reichte dabei weit über die Grenzen Wiesbadens - bis ins internationale Ausland - hinaus.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- 1) Die Stadtverordnetenversammlung bekennt sich zur Veranstaltung „Wiesbaden on Ice“ als große Bereicherung des Wiesbadener Veranstaltungskalenders, insbesondere in der Weihnachtszeit, und strebt eine Fortführung der Veranstaltung an.
- 2) Der Magistrat wird gebeten, (ggfls. unter Einbeziehung der Sporthilfe Wiesbaden e.V.) eine Durchführung der Veranstaltung „Wiesbaden on Ice“ im Jahr 2025 und darüber hinaus sicherzustellen.

## 6. 25-F-63-0031

Gemeinsam für mehr Start-ups: Wiesbaden vernetzt sich

- Antrag der Fraktionen Volt, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke vom 07.05.2025 -

Die Rhein-Main-Region will zur führenden Gründungsregion Deutschlands werden. Mit der Initiative *Future* haben sich Hochschulen aus Frankfurt, Mainz und Darmstadt zusammengeschlossen, um sich im Rahmen des Bundesprogramms „Startup Factories“ gemeinsam zu bewerben. Ziel ist es, bis 2030 bis zu 1000 neue Start-ups zu ermöglichen - unterstützt durch eine enge Vernetzung von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik.

Wiesbaden bringt dafür wertvolle Voraussetzungen mit. Mit dem Innovationszentrum Altes Gericht steht seit mehreren Jahren ein kreativer Ort für junge Unternehmen, Coworking, Austausch und innovative Projekte zur Verfügung. Ergänzt wird diese Infrastruktur durch den kürzlich angestoßenen Social and Sustainability Startup Hub, der gezielt sozial und ökologisch ausgerichtete Gründungen fördert. Auch privatwirtschaftliche Akteur\*innen wie der Heimathafen Wiesbaden leisten mit Veranstaltungsformaten, Beratung und Netzwerkangeboten einen wichtigen Beitrag zur Gründungskultur vor Ort.

Eine Beteiligung Wiesbadens an der regionalen Bewerbung im Rahmen der „Startup Factories“ böte die Chance, diese bestehenden Strukturen mit der überregionalen Initiative zu vernetzen, zusätzliche Fördermittel einzuwerben und die Sichtbarkeit des Standorts zu erhöhen. Gleichzeitig kann Wiesbaden seine besonderen Schwerpunkte - etwa im Bereich sozialer Innovation - aktiv in das gemeinsame Konzept einbringen.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. darzustellen, in welchem Austausch die Landeshauptstadt Wiesbaden derzeit mit den Initiator\*innen der Bewerbung im Rahmen des Bundeswettbewerbs „Startup Factories“ steht.
2. gemeinsam mit lokalen Partnern mögliche Anknüpfungspunkte und Beiträge der Stadt zur regionalen Strategie zu identifizieren und zu prüfen, wie eine konstruktive Beteiligung Wiesbadens an der regionalen Initiative kurzfristig möglich ist.
3. Perspektiven aufzuzeigen, wie die Gründungsszene in Wiesbaden künftig noch stärker regional und überregional sichtbar gemacht werden kann und dem Ausschuss über mögliche Kooperationen, nächste Schritte und bestehende Kontakte zu berichten.

## 7. 25-F-15-0021

Fehlen von Aushilfsjobs

- Antrag der Fraktion FWG/Pro Auto vom 05.05.2025 -

Ein Problem des Wiesbadener Arbeitsmarktes ist das Fehlen von Aushilfsjobs in den unterschiedlichen Branchen in der Wirtschaft und auch in der Verwaltung, obwohl die Stadt als attraktiver Wohn- und vor allem Dingen auch als guter Arbeitsort gilt.

Ein Beleg für diese These ist die anhaltend hohe Arbeitslosenquote in Wiesbaden seit Jahren im Vergleich zu anderen hessischen Städten. Das resultiert offensichtlich dar-aus, dass es hier zu wenig Arbeitsplätze für einfache Tätigkeiten gibt. Denn die hiesige Wirtschaftsstruktur zeigt weniger Bedarf an „Helferjobs“, während gut ausgebildete Fachkräfte bessere Chancen hätten.

Ein weiterer Umstand könnte sein, dass nicht genügend Gewerbeflächen ausgewiesen werden, um gerade Arbeitgeber anzulocken, die Arbeitsplätze für eine gering qualifizier-te Belegschaft anbieten können.

Deshalb wird angeregt, dass die Stadt die Initiative ergreift, um hier Verbesserungen herbeizuführen.

Der Ausschuss Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

1. umgehend sich mit dem Industriebeirat in Verbindung zu setzen, um ein Konzept für gering qualifizierte Arbeitskräfte zu erarbeiten,
2. auch dabei andere große Arbeitgeber aus dem Bereich des Gesundheitswesens, sowie der Finanz- und Versicherungsdienstleistung einzubinden,
3. den Einzelhandel hierbei auch nicht außer Acht zu lassen, und
4. dieses schnellstmöglich erarbeitete Konzept in Ansätzen bis zum Jahresende dem obigen Ausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen.

## **8. 25-A-83-0001**

Mündlicher Bericht des Citymanagements zur Umfrage „Vitale Innenstädte“

## **9. 25-F-15-0020**

Zur Ausbildungssituation in Wiesbaden

- Antrag der Fraktion FWG/Pro Auto vom 05.05.2025 -

Der „Ausbildungsradar“ ist ursprünglich eine von Arbeitgebern der chemischen Industrie entwickelte Plattform für die Weiterempfehlung von Ausbildungsbewerbern, die im ersten Anlauf nicht ihren gewünschten Ausbildungsplatz erhalten haben. Seit ca. 2 Jahren wird diese Plattform in der Chemiebranche getestet.

Nach Presseberichten hat sich Wiesbaden dieser Idee angeschlossen. Es geht auch der Stadt darum, nicht angenommene Auszubildende über alle Branchen hinweg an andere Arbeitgeber weiterzuempfehlen. Dies geschieht in Zusammenarbeit mit der Vereinigung hessischer Arbeitgeberverbände (VhU), der IHK Wiesbaden und der hiesigen Kreishandwerkerschaft, die damit an „einem Strang“ ziehen, also nicht gegeneinander agieren wollen. Dies stärkt den Wirtschaftsstandort nachhaltig. Ein Ziel von zukunftsfähiger Wirtschaft ist nämlich die Stärkung von Netzwerken und dafür wegweisende Initiativen.

Der Ausschuss Wirtschaft, Beschäftigung, Digitales und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. wie sich der „Ausbildungsradar Wiesbaden“ konkret darstellt und ob die Stadt durch Ihre Teilnahme dafür zusätzliches Personal und zusätzliche finanzielle Mittel benötigt,
2. ob angesichts des im September 2025 beginnenden neuen Ausbildungsjahres heute schon durch die Plattform erste konkrete Erfolge für Ausbildungsbewerber festzustellen sind,
3. wie sich voraussichtlich die Ausbildungssituation in Wiesbaden im September 2025 darstellen wird,
4. ob es zu Beginn des neuen Ausbildungsjahres zu einem Überhang von Bewerbern und Bewerberinnen kommt, und
5. ob sich die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze in Wiesbaden reduzieren wird?

## Bereich Digitalisierung

### 10. 22-A-83-0003

Aktuelles aus dem Amt für Innovation, Organisation und Digitalisierung

### 11. 25-F-22-0050

Neue Website Wiesbaden.de

- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 07.05.2025 -

Die Landeshauptstadt Wiesbaden hat kürzlich ihre neue Website live geschaltet. Obwohl ein Relaunch grundsätzlich zu begrüßen ist - insbesondere im Hinblick auf Nutzerfreundlichkeit, Barrierefreiheit und moderne Technik - traten bereits kurz nach der Veröffentlichung erhebliche Startschwierigkeiten auf. Dazu zählen unter anderem fehlende rechtlich erforderliche Angaben (Impressum, Datenschutz), unvollständige Übersetzungen, fehlerhafte Navigation sowie technische Mängel. Diese Probleme haben nicht nur für öffentliche Kritik gesorgt, sondern werfen auch Fragen zur Projektsteuerung, Qualitätssicherung und Bürgerbeteiligung auf.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, über folgende Fragen zu berichten:

1. welche konkreten Maßnahmen wurden ergriffen, um die fehlenden Impressums- und Datenschutzeangaben auf sämtlichen Unterseiten zu ergänzen? Sind diesbezüglich inzwischen alle Lücken geschlossen?
2. Warum wurde zum Zeitpunkt des Relaunchs keine Cookie-Einwilligung angezeigt, obwohl dies rechtlich erforderlich ist, und wann wurde dies nachgebessert?
3. Wie wird künftig vermieden, dass Seiten mit Platzhaltertexten („XXX“, „Lorem ipsum“ o. ä.) live geschaltet werden?
4. Welche Ursachen führten zur Unvollständigkeit der Inhalte in leichter Sprache und Gebärdensprache?

5. Wie wird bei automatisierten Übersetzungen sichergestellt, dass gravierende Fehler (z. B. im Zusammenhang mit der OB-Wahl) künftig vermieden werden?
6. Ist geplant, professionelle Übersetzungsdienstleistungen für zentrale Inhalte einzusetzen?
7. Wurden im Vorfeld Usability-Tests mit Bürgerinnen und Bürgern durchgeführt? Wenn ja, welche Ergebnisse flossen in die Umsetzung ein?
8. Warum wurden keine Weiterleitungen (Redirects) von alten URLs eingerichtet und wie ist dahingehend der Status Quo?
9. Wie wird sichergestellt, dass zentrale Kontaktinformationen (z. B. E-Mail-Adressen, Telefonnummern) stets aktuell und auffindbar sind?
10. Inwiefern wurden Nutzerinnen und Nutzer bzw. Bürgervertretungen (z. B. Behindertenbeirat, Ausländerbeirat, Seniorenbeirat) in den Prozess eingebunden?
11. Auf welche Weise wurde Feedback nach dem Livegang systematisch erhoben und für Verbesserungen genutzt?
12. Wie verhalten sich die Kosten von 870.000 Euro für die neue Website im Vergleich zu anderen Städten?

## Bereich Gesundheit

### 12. 25-F-22-0051

Maßnahmen zum Schutz Minderjähriger vor dem Konsum von Lachgas

- Antrag der Fraktionen von CDU und FDP vom 07.05.2024 -

Der Konsum von Lachgas durch Jugendliche hat bundesweit zugenommen und stellt auch in Wiesbaden ein wachsendes Problem dar. Andere Kommunen, wie beispielsweise Hanau, haben bereits kommunale Maßnahmen ergriffen, um insbesondere Minderjährige besser zu schützen.

Es erscheint daher notwendig, die Handlungsmöglichkeiten in Wiesbaden kritisch zu überprüfen und, falls rechtlich möglich, geeignete Schritte einzuleiten, bis das Bundesgesundheitsministerium darüberhinausgehende gesetzliche Regelungen erlässt. Neben ordnungsrechtlichen Maßnahmen ist auch eine gezielte Prävention wichtig, um frühzeitig über die erheblichen gesundheitlichen Risiken aufzuklären und Missbrauch vorzubeugen. Der Schutz von Kindern und Jugendlichen muss dabei oberste Priorität haben.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

1. zu berichten, warum es der Stadt Hanau gelungen ist, Maßnahmen zu ergreifen, um den Verkauf und die Abgabe von Lachgas an Minderjährige einzuschränken, während in Wiesbaden bisher darauf verwiesen wird, dass dies rechtlich nicht möglich sei. Welche Unterschiede bestehen in den rechtlichen Einschätzungen oder Rahmenbedingungen zwischen Hanau und Wiesbaden?
2. zu berichten, welche konkreten Schritte in Wiesbaden unternommen werden, um präventiv und ordnungsrechtlich den Verkauf und die Abgabe von Lachgas an Minderjährige einzuschränken oder zu verhindern.
3. die Erarbeitung einer Verordnung, die den Verkauf und die Weitergabe von Lachgas an Minderjährige in der Landeshauptstadt Wiesbaden verbietet, erneut zu prüfen.

## Bereich Allgemeines

### 13. Verschiedenes

#### Tagesordnung II

##### 1. 24-F-63-0124

Risiken bei Drogenkonsum minimieren - Drug Checking ermöglichen

- Antrag der Fraktionen Die Linke, Bündnis 90/ Die Grünen, SPD und Volt vom 03.12.2024 -  
- Bericht des Dezernates IV vom 08.04.2025 -

*- Der Bericht steht im PIWI zur Verfügung -*

##### 2. 25-F-63-0009

Open Desk Pilot für Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 29.01.2025 -  
- Bericht des Dezernates II vom 14.04.2025 -

*- Der Bericht steht im PIWI zur Verfügung -*

##### 3. 25-F-63-0023

IT-Sicherheit bei der Wivertis GmbH

- Antrag der Fraktionen Volt, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke vom 19.03.2025 -  
- Bericht des Dezernates VII vom 14.04.2025 -

*- Der Nichtöffentliche-Bericht steht im PIWI für Stadtverordnete zur Verfügung -*

##### 4. 25-V-02-0002

DL 07/25-6

Sonderprogramm (Sopro) der Wiesbadener Jugendwerkstatt gGmbH

##### 5. 25-V-02-0005

DL 08/25-1

Handwerksagenda 2030

Seite 8 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses f. Wirtschaft, Beschäftig., Digitalis., Gesundheit  
am 13. Mai 2025

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der  
Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte  
zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Susanne Hoffmann-Fessner  
Vorsitzende